

# Freie Presse

**Wissenspreis:**

Die Rebengespaltete New-  
pauze 40 Pf., Aus-  
land 75 Pf., Postamt die  
Postzeitung 2 Pf., Ausland  
3 Pf. Für die erste Seite  
werden keine Anzeigen an-  
genommen.

**Bezugspreis:**

Zu Lodz und nächster Um-  
gebung wöchentlich 1 RM.  
60 Pf. und monatlich 6 RM.  
50 Pf. Durch die Post be-  
zogen kostet sie 7 RM. 50 Pf.  
monatlich.

Eigene Vertreter in: Mergdrom, Bialystok, Chebn, Kallisch, Konia, Konstantinow, Lipno, Radomice, Rypin, Sosnowice, Tomaszow, Tarnobrzeg, Wloclawek, Zdanow-Pola, Zielona Gora.

Nr. 300

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

## Judenitsschs Mißerfolg.

Auf einem Vordemajorbalken in London hielt Lloyd George eine Rede, in der u. a. sagte: Er hoffe, daß trotz aller Schwierigkeiten die Lösung der Adriafage gefunden werde, welche den Interessen des italienischen Bundesgenossen gerecht werden. Ueber die wichtigsten Grundzüge für die Regelung der türkischen Frage bestünde unter den Alliierten vollständige Uebereinstimmung. Alle seien überzeugt, daß die Türkei die von Arabern, Griechen und Armeniern bewohnten Gebiete schlecht verwaltete. Dem sei ein Ende gemacht worden. Man habe sich geeinigt, daß der Zugang zum Schwarzen Meer für alle Völker frei sein müsse, und daß seine Verwaltung nicht länger einer Macht anvertraut werden darf, die das in sie gesetzte Vertrauen enttäuscht. Was die anderen die Türkei begreiflichen Fragen betrafte, so dürften für die Aufteilung hinsichtlich der Verantwortlichkeit unter den Alliierten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bestehen.

Ueber Rußland könne er nicht mit demselben Vertrauen sprechen. Wir können keinen Frieden haben, wenn in Rußland kein Frieden ist. Die Aussichten sind hierfür nicht günstig. Vor einer Woche hatten Aussichten auf eine rasche Lösung bestanden, aber alles weist jetzt auf einen langen, blutigen Kampf hin. Der Angriff auf Petersburg konnte nicht durchgeführt werden. Denitins Vormarsch auf Moskau ist vorläufig aufgehalten. Auch die letzten Nachrichten aus Omsk sind wenig beruhigend. Er glaube jedoch nicht, daß die Bolschewisten ganz Rußland erobern würden.

Lloyd George empfing auch eine Deputation der Transsibirier und sagte ihnen: „Es bleibt ein Ruhmesblatt der englischen Sozialdemokraten, daß sie das Rätesystem von allem Anfang an energisch abgelehnt haben. Das Rätesystem ist gegen das Wesen der wahren Demokratie, es setzt an Stelle der monarchisch-militärischen Diktatur, die Diktatur des Proletariats. Daß das Rätesystem zum Untergang führt, zeigen die Beispiele von Rußland und Ungarn.“

Was den Bolschewismus anbelangt, sagte Lloyd George weiter: „Der Bolschewismus ist rechtungslos verloren, weil er in sich zusammengebrochen ist. Wir werden ihm dauernd den Garaus machen. Die Zukunft gehört nicht dem Rätesystem, sondern dem gesunden Sozialismus, wie er in den gemäßigten organisierten Gewerkschaften der internationalen Arbeiterchaft Ausdruck findet.“

## Der weitere Rückzug Judenitsschs.

Berlin, 10. November. (Pat.)

Von der Front Judenitsschs wird berichtet: In der ganzen Front werden heftige Kämpfe geführt. Die Bolschewisten greifen vielfach von Ost nach West, sowie in der Richtung auf Odessa am Peipus-See an. An der Front Denitins Ruhe.

Aus Helsinki wird berichtet: Unter dem Eindruck der Bolschewisten sind die Truppen Judenitsschs gezwungen, sich weiter zurückzuziehen. Gegenwärtig befinden sie sich auf der Linie des Peipus-See. Die Bolschewisten haben alle Militär- und Zivilkräfte zusammengezogen, um Petersburg zu verteidigen. Die seit dem Frühjahr dauernden Angriffe Judenitsschs haben zu nichts geführt. In den Gegenden um den Peipus-See hat die bolschewistische Kavallerie die Abteilungen Judenitsschs umringt und hat gleichzeitig Pskow angegriffen. Gegenwärtig bemühen sich die Bolschewisten, alle ihnen feindlichen Bewegungen im Lande zu unterdrücken.

Aus Helsinki wird der „Deutsch. Tagesztg.“ über die Vorbereitungen berichtet, welche die finnische Regierung unternimmt, um Judenitssch zu unterstützen. Die Militärtransporte befinden sich schon an der Grenze. Seit dem vorigen Freitag werden fortgesetzt Eisenbahnzüge mit Geschützen, Munition und anderem Kriegsmaterial nach Karolinen abgefordert. Ein ganzes Korps freiwilliger Finnländer ist mobilisiert. Volkserkrankungen haben sich für den Kampf mit dem bolschewistischen Rußland erklärt. Die finnische oberste Kommandoleitung berichtet, daß die bolschewistischen Truppen versucht haben, in der

## Infrastreten des Friedens-Diktats.

Berlin, 10. November.

Die neueste Entente-Note bezeichnet als nächste Folgen der Ratifizierung:

1. Die interalliierte Kommission des Rheingebiets übernimmt die Geschäfte.
2. Die Militär-, See- und Luftdelegationen, die gegenwärtig als Militär-, See- und Luftkontrollkommissionen in Deutschland sind, übernehmen die Geschäfte.
3. Die Wiedergutmachungskommission übernimmt die Geschäfte.

4. Uebertragung der Oberhoheit im Falle Memel und Danzig, Zurückziehung der deutschen Truppen und der deutschen Behörden und Befehlshaber dieser Gebiete durch die interalliierten Truppen.

5. Uebergabe der Regierung im Saarbecken.

6. Uebergabe der zeitweisen Regierung im Gebiet Oberschlesien, in dem die Volksabstimmung stattfinden wird; Zurückziehung der Truppen und der deutschen Behörden, welche die Kommission bestimmen wird, und die Besetzung durch interalliierte Truppen, Uebernahme der Geschäfte durch die Regierungs- und Volksabstimmungskommission.

7. Uebernahme der zeitweiligen Verwaltung in dem Gebiete von Schleswig, in dem die Volksabstimmung stattfinden wird.

8. Beginn der Frist von 15 Tagen, in welcher die Räumung und die Uebergabe der vorläufigen Verwaltung in den Gebieten stattfinden wird, in denen die Volksabstimmung stattfindet: Ostpreußen (Allenstein) und Westpreußen (Marienburg).

9. Beginn der 15-tägigen Frist, innerhalb deren die Abgrenzungskommissionen ihre Tätigkeit beginnen sollen. Daher wird die Deutsche Regierung schon jetzt aufgefordert, für den 10. November 1919 bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu entsenden, um:

- a) im Einverständnis mit den Vertretern der Entente die Entschuldigungsbedingungen der Regierungs-, Verwaltungs- und Volksabstimmungskommissionen, sowie die Uebergabe der Vollmachten und Dienstbefugnisse, den Einzug der alliierten Truppen, die Räumung durch die deutschen Truppen, die Befreiung der bezeichneten deutschen Behörden und also oben vorgesehenen Fragen zu regeln. Es wird schon jetzt daran erinnert, daß die deutschen Behörden alle Dienst- und Wohnungseinrichtungen sowie alle Urkunden, welche die sofortige Tätigkeit der interalliierten Behör-

der von Kiew die finnische Grenze zu überschreiten, doch seien sie unter großen Verlusten abgewiesen worden.

## Die deutsch-lettischen Kämpfe.

Paris, 11. November. (Pat.)

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß die lettischen Truppen bei Riga den Deutschen in den Rücken gefallen sind, haben den Rückzug nach Mitau abgebrochen und die Eisenbahnlinie nach Torenburg besetzt haben. In der Nähe der Bahnhöfe zwischen Kranzberg und Mitau schlugen die Letten die Deutschen in heftigen Bajonettkämpfen, ohne vorherige Artillerievorbereitung.

Wilna, 11. November. (Pat.)

In der Gegend von Memel haben die Deutschen 60 000 Mann konzentriert und auf der Linie Wierzbolowo—Tilzit 20 000. An der Front laufen die Soldaten von den Letten zu den Russen über, da sie dort besser versorgt und eingekleidet werden. Von der bolschewistischen Front wird gemeldet, daß es in den ersten Tagen des November in der 2. Brigade der 8. Division der Roten Armee zu Zusammenstößen mit Kommunisten gekommen sei. Der Grund lag im Mangel an Lebensmitteln und Uniformen. Die Brigade entfernte sich eigenmächtig von der Front und blieb einige Tage weg. Nach Eingebung des Zwischenfalls kehrte sie wieder zurück. Alle bolschewistischen Spitäler wurden von Schilomir nach Dargow verlegt. Die Linie Schilomir—Dargow wird geräumt.

den ermöglichen sollen, an Ort und Stelle belassen müssen; daß ebenso die deutschen Truppen alle durch sie benutzten Einrichtungen an ihrem Orte belassen sollen;

b) im Einverständnis mit dem Generalstab auch die Transportbedingungen der interalliierten Truppen zu regeln.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, dürfte das Friedensdiktat am 11. November in Kraft treten.

## Amerika ratifiziert nicht?

Paris, 10. November. (Pat.)

„Echo de Paris“ teilt aus Washington mit, daß sich die Verhandlungen zwischen den Republikanern und den Demokraten zerschlagen haben. Es zirkulieren hier Gerüchte, Wilson werde den Friedensvertrag ohne Ratifizierung nach Paris zurückschicken; der Senat werde den Friedensvertrag in diesem Jahre nicht ratifizieren.

## Revolutionäre Verschwörung in Amerika.

Paris, 11. Nov. (Pat.)

Aus New-York wird gemeldet: Im Zusammenhang mit der Entdeckung einer revolutionären Verschwörung sind etwa 1000 Personen verhaftet worden. Es wurden eine Menge Explosivstoffe und mehrere rote Fahnen beschlagnahmt.

Aus Amsterdam wird berichtet: Der Bergarbeiterstreik nimmt an Umfang zu. Sie lehnen alle Vorschläge ab. Wahrscheinlich werden sich auch die Eisenbahner dem Streik anschließen. Die Folgen des Streikes sind geradezu tiefenhaft. Die Kohlenzufuhr ist vollständig unterbrochen, und die Ausfuhr an Lebensmitteln nach Europa ist sehr eingeschränkt. Die amerikanische Regierung hat 52 Infanterieregimenter, 29 Artillerieregimenter, 4 Kavallerieregimenter, 20 Bataillone Minenwerfer und eine große Anzahl technischer Abteilungen zum Schutze der Gruben entsandt.

## Die ober-schlesischen Gemeinderatswahlen.

Angültigkeitserklärung durch die Entente.

Aus Berlin wird gemeldet:

Auf eine Anfrage des Obersten Rates wegen der ober-schlesischen Gemeinderatswahlen wurde in Paris eine deutsche Antwortnote überreicht, in der es heißt:

„Die Nachricht, daß die preussische Regierung am 9. November die Gemeinderatswahlen in Oberschlesien vorzunehmen gedenkt, trifft zu. In Preußen wurde das sogenannte Dreiklassenwahlrecht, das unsso platonischer wirkte, je stärker die Unterschiede in der Steuerbelastung der Wähler in der Gemeinde waren, durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht ersetzt. Nur in Oberschlesien sind seit der Revolution die Gemeinderatswahlen noch nicht durch die Wahl nach dem neuen Recht verändert. Dies wirkt unsso unverträglich, als die gewerbliche Entwicklung gerade dort den Unterschied zwischen Arm und Reich besonders gefördert hat. Nachdem nunmehr in Oberschlesien Ruhe und Ordnung wieder eingekehrt sind, kann die preussische Regierung nicht mehr länger zögern, die aus mehrfachen Gründen, zuletzt infolge des Aufstandes, verschobenen Gemeinderatswahlen abhalten zu lassen. Dies ist unsso mehr geboten, als die Gemeinderatswahlen die Voraussetzung für die mittleren Kreis- und Provinziallandtagswahlen bilden, insbesondere als die neue ober-schlesische Provinzialversammlung erst auf Grund dieser Wahlen voll ins Leben treten kann. Durch die Vornahme der

Gemeinderatswahlen wird auch den Interessen des polnisch sprechenden Teils der Bevölkerung Rechnung getragen. Es ist bekannt, daß die polnischen Elemente in Oberschlesien gerade unter den ärmeren Volksteilen zu finden sind. Es ist deshalb klar, daß das Festhalten am veralteten Wahlrecht eine Zurücksetzung gerade dieses Volksteiles bilden würde. Dafür, daß die Wahl in voller Freiheit zur Durchführung gelangen werden, ist jede Gewähr gegeben. Namentlich hat die Regierung zugunsten der ober-schlesischen Flüchtlinge angeordnet, daß sie nach ihrer Rückkehr an ihren Wohnort auf Antrag noch nachträglich in die Wählerliste aufgenommen werden. Was endlich den Friedensvertrag betrifft, so ist demselben namentlich aus der Anlage zu Artikel 88 kein Grund zu entnehmen, daß der preussische Staat an der Ausübung seines souveränen Rechts, die Verwaltung in dem zukünftigen Abstimmungsgebiet bis zum Inkrafttreten des Friedens durchzuführen, gehindert wird, oder daß die Vornahme der Wahlen der Zuständigkeit des internationalen Ausschusses irgendwie vorbehalten wird. Die deutsche Regierung hat keinen Zweifel, daß unter diesen Umständen die alliierten und assoziierten Hauptmächte ihre ursprünglichen Bedenken gegen die Abhaltung der Wahlen in Oberschlesien umso eher zurückstellen werden, als es die erklärte Absicht der Mächte ist, den demokratischen Grundgesetzen durch den Frieden den Weg zu ebnen.“

Auf diese Note Deutschlands hat der Oberste Rat zunächst nicht geantwortet und die Wahlen fanden Sonntag statt. Das Ergebnis ist jedoch, so meldet die polnische Telegraphenagentur aus Sosnowice, für Deutschland nicht günstig ausgefallen. Auf die polnischen Listen sollen 75 Prozent der Stimmen entfallen. Die Annahme, daß die Entente dieses Wahlergebnis als eine Volksabstimmung ansehen und das eigentliche Plebiszit nunmehr für überflüssig betrachten wird, trifft indessen nicht zu, denn die Entente hat die Wahlen für ungültig erklärt, wie aus nachstehender Pariser Meldung der Pat. hervorgeht:

Der Oberste Rat der Alliierten setzte die deutsche Regierung davon in Kenntnis, daß die Entente die soeben in Oberschlesien veranstalteten Gemeinderatswahlen als nicht statgefundene betrachtet, da diese im Sinne der Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht zulässig waren.

## Die preussische Masurendelegation in Krakau.

Krakau, 10. November. (Pat.)

Zu Ehren der hier eingetroffenen preussischen Masuren fand gestern in R. Auditorium des Jagielloner Klosters ein Abendessen statt, an dem gegen 200 Personen teilnahmen. Darunter befanden sich die Generale Stiller, Simon, Gassecki, Bialecki, eine Reihe von Offizieren und in Krakau wohnende Oberschlesier. Es wurden mehrere Reden gehalten. So vom Leiter des Ausfluges der Bergleute Backowski, der auf die Schwierigkeiten der nationalen Arbeit, die aus den Verfolgungen durch die Deutschen entstehen, hinwies. So haben die Deutschen bisher 120 polnische Führer verhaftet. Außer Herrn Wielowski sprach Wlodek Wlodek und ein ober-schlesischer Ausländer.

## Eine Minister Delegation beim Landeschef.

Warschau, 10. November. (Pat.)

Der „Gomier Minski“ bringt Einzelheiten über die Audienz der Delegation von Minsk beim Landeschef. Unter anderem gab ein rechtgläubiger Delegierter der Hoffnung Ausdruck, daß das so lange unterdrückte polnische Volk eine andere Nation nicht unterdrücken wird. Zugleich erklärte er, daß alle von ihm vertretenen Werte gute polnische Staatsbürger sein werden. Er schloß seine Rede mit der Bitte, die Ostmark an Polen anzugliedern und eine Ordnung einzuführen, die die Wiederkehr der zivilisierten und bolschewistischen Zustände unmöglich macht.

Darauf erwiderte der Staatschef folgendes: „Ich habe nicht ein Mal gesehen, daß das polnische Volk und Meer so stark sind, daß ihr es nicht nötig habt, einen Feind zu für-



glen. Wir werden keinen Fußbreit Erde abtreten, wenn Ihr den unbedingten Willen habt, zu uns zu gehören und mit uns zusammen zu arbeiten. In Polen genießt jeder Bürger Religionsfreiheit."

Darauf begaben sich die Delegierten zum Reichstagsmarschall Trompowski, von dem sie sehr herzlich empfangen wurden.

## Die verzweifelte Lage Deutschlands.

Eine Rede Noskes.

Köln, 11. November. (Pat.)

Reichswehrminister Noske hielt in Chemnitz eine Rede, in der er u. a. die Maßnahmen begründete, die er angeordnet habe, um den Ausbruch eines Generalstreiks zu vereiteln. "In Berlin, wo 160 000 Arbeitslose die Straßen der Stadt bevölkern, wollen tödliche Verbrechen einen Generalstreik inszenieren, um weitere hunderttausende Arbeiter beschäftigungslos zu machen. Es gibt wenig Leute in Deutschland, die diese Gefahr klar erkennen. Ich habe strenge Befehle gegen solche Personen erlassen, die Verbrechen gegen das Volk planen. Millionen kennen auch heute die furchterliche Lage noch nicht, in der wir uns befinden. Wir gleichen den Mondschützen, die am Rande des Abgrunds umhertreiben und jeden Augenblick hineinfürzen können."

Die Finanzlage Deutschlands besprechend, sagte Noske, daß die Schuldenlast des Reiches in zwei Monaten auf 212 Milliarden Mark angewachsen sein werde; die jährlichen Zinsen betragen 10 Millionen Mark, d. i. zweimal mehr, als die Schuldenlast Deutschlands vor dem Kriege betrug.

Noske kam sodann auf Deutschlands Wirtschaftslage zu sprechen und sagte: "Die neueste Note der Entente verlangt die Auslieferung von 400 000 t Docks und Bagger. Es bedeutet dies nichts anderes, als daß die Deutschen in Zukunft ihre Schiffe ins Ausland zur Ausbesserung werden müssen und ihre Häfen, die nicht vertieft werden können, der Sand verfüllen wird. Millionen deutscher werden ihr Brot im Auslande suchen müssen. Es ist möglich, daß der Völkerrund zustande kommt. Es ist auch möglich, daß es einst zur Abänderung der Bestimmungen des Friedensvertrages kommt. Heute muß sich das deutsche Volk aber so einrichten, daß es sich im Verbrauch aufs äußerste einschränkt und mehr arbeitet, als vor dem Kriege."

### Kleine Nachrichten.

Infolge des am 4. d. M. abgeschlossenen Bahnvertrages zwischen Polen und Rumänien beginnt am 15. November der regelrechte Postverkehr zwischen den beiden Staaten.

Wie aus Köln gemeldet wird, gibt der Gesundheitszustand des Kardinals Hartmann zu Besorgnissen Anlaß. Der Patient hat das Bewußtsein verloren.

## Die Warschauer Pastorenkonferenz.

Bericht eines Laien.

Am 3. und 4. November tagte in Warschau eine von dem Warschauer Evangel.-luth. Konsistorium einberufene Pastorenkonferenz, zu welcher auch kirchlich interessierte Laien Zutritt hatten. Die Zahl der Pastoren betrug 40—50, die der Laien 5—10. Eingeleitet wurde diese Konferenz, die einen privaten Charakter trug und keine bindenden Beschlüsse treffen sollte, durch ein Geheiß und eine längere Ansprache des Herrn Generalsuperintendenten Julius Bursche in polnischer Sprache. Die Verhandlungen leiteten naturgemäß der Generalsuperintendent, der zu Vertretern der Mitglieder des Konsistoriums die Herren Superintendenten, Ehrengäste, den Vertreter der Regierung und zu Schriftführern die Pastoren Pachle und Wenzel berief.

Der Herr Generalsuperintendent führte unter anderem folgendes aus: Zweck der Versammlung sei, aber das, was zum Wohle der Kirche diene, nachzusinnen. Die Verhältnisse gestatten es nicht, eine Synode aus lauter Pastoren wie vor dem Kriege, einzuberufen. Die Zeiten, da die Pastoren allein als Vertreter der Gemeinden gelten, sind ein für allemal vorüber. Auch die Einberufung einer dergleichen Synode vom Jahre 1849 vorgehenden General-Synode entspricht nicht dem Geiste der Neuzeit; die zu dieser General-Synode gewählten 5 Geistlichen und 5 Laien, je zwei aus jeder Diözese, mußten im Namen aller Gemeinden entscheiden, was eher einer Vergewaltigung, als einer Vertretung der Gemeinden gleich käme. Es käme hier nur eine Synode, wie sie zur Zeit der Okkupation im Jahre 1917 einberufen war, in Betracht, eine Versammlung der Pastoren und Laien aus allen Gemeinden und Diözesen. In solcher Synode wird es kommen. Jedoch ist heute noch nicht Zeit dazu. Dieser Synode muß vorgearbeitet werden; hierzu muß man mit einem fertigen Programm kommen. Solche Vorarbeit soll die diesjährige Konferenz leisten, deren Tagesordnung folgende Punkte umfasse:

- Die Frage der neuen Kirchenverfassung;
- Die Frage der deutschen, resp. evangelischen Schulen;

c) die Frage der theologischen Fakultät in Warschau;

d) die Frage des Verhältnisses zu anderen Kirchengemeinschaften, bes. der Union.

Zum Schluß gab der Herr Generalsuperintendent seiner Freude, die Brüder aus Teschen, Galizien und Litauen hier in Warschau zum erstenmal zu sehen, beredten Ausdruck und begrüßte alle Anwesenden als gleichberechtigte freie Bürger eines freien Landes. In deutscher Sprache wandte sich der Herr Generalsuperintendent an den Superintendenten Stellvertreter der deutsch-lutherischen Gemeinden in Teschen Dr. Schmidt. Er betonte: In unserer Kirche sind Polen und Deutsche. Wir haben nicht die Absicht, den Deutschen ihre deutsche Sprache zu rauben. Die Nationalitätenkämpfe sind in der ganzen Welt entbrannt. Die Kräfte des Evangeliums sind stärker als alle trennenden Elemente. Ich hoffe, daß es dazu kommen wird, daß wir, trotz aller Unterschiede der Sprache und der Anschauungen, ein einzig Volk von Brüdern sein werden.

Es folgten nun die Begrüßungsansprachen des Referenten für Schule und Kultur, des früheren Pastors aus Nowowolna Herrn Geisler; dann des Superintendenten R. Michajda aus Teschen, des Dr. Schmidt aus Bielitz, des Professors Morhead aus Amerika. Nachdem noch ein Dankschreiben an die Lutheraner Amerikas und ein Glückwunschtelegramm an den Staatschef, Sejmarschall, Minister des Kultus und des Innern abgegeben worden ist, trat man in die Beratung des reichhaltigen Programms ein.

Dr. Schmidt, Teschen, ergriß das Wort zu einer längeren Ansprache. Er spreche in seinem Namen und im Namen mehrerer Amtsbrüder und Gemeinden. Die deutschen Protestanten in Ostpreußen, Schlesien, Galizien und Litauen. Sie wissen auch, was ihnen bevorsteht, falls sie sich einschließen sollten, sich an Bödmer anzuschließen. Doch was erwarten sie, wenn sie dem Wunsche der Polen nachkommen und sich Warschau anschließen. Sie kämen in eine Kirche, die zwar zu 80 Proz. aus deutschen Protestanten bestehe, an deren Spitze aber ein polnisches Konsistorium in Warschau stehe. Wie es da möglich sei, unsere völligen Interessen zu wahren? Dr. Schmidt übergab dem Herrn Generalsuperintendenten ein Memorandum, welches in 10 Punkten die Bedingungen für den Anschluß an Polen enthielt. (Diese Denkschrift wurde von uns gestern veröffentlicht. Anmerk. d. Schriftleitung.)

In Sachen der Kirchenverfassung inigte man sich dahin: die Verfassung der evangel.-luth. Kirche ist eine Synodalsynodiale. Das Kirchenregiment ist die aus Pastoren und Laien bestehende, alle 3 Jahre und nach Bedarf auch öfter zusammentretende Landes Synode aus. Bestrebt wählte den Generalsuperintendenten und alle Mitglieder des Konsistoriums. Auch die Frauen haben im Prinzip das aktive und passive Wahlrecht. Der Generalsuperintendent trägt den Titel Bischof. Die Zahl der Laien verhalte sich zu der der Pastoren wie 1 zu 1, oder 2 zu 1, oder 3 zu 1. Diese Grundzüge wurden einer Kommission zur Ausarbeitung eines Projektes einer Kirchenverfassung als Richtlinien gegeben. Zu dieser Kommission gehören: Der Herr Generalsuperintendent Bursche, der Präses des Konsistoriums G. Laß, Superintendent Michajda (Teschen), Dr. Schmidt (Bielitz), Konsistorialrat Gundlach (Lodz), Pastor Dietrich (Lodz), Pastor Gerhardt (Lodz), Professor Buzel, Rechtsanwalt Kenczlewski, Seminarektor Wolff (Lodz), Sejmabgeordneter Spickermann (Lodz).

In der Schulfrage gab der Herr Generalsuperintendent einen ausführlichen sachlichen Bericht über die Lage der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, der Kantore und Vikarien im Lande. Hieran schloß sich eine Aussprache mit Mitteilungen einzelner Konferenzteilnehmer. Diese Mitteilungen enthielten manche Klage über Mißgriffe und Abergriffe, besonders einzelner feindlich gesinnter Subalternbeamten. Entschieden war die einstimmige Erkenntnis, daß die deutsche Schule den deutsch-lutherischen Gemeindegliedern erhalten bleiben müsse, daß von dieser Erhaltung auch der Bestand der lutherischen Kirche in Polen abhängt; daß Pastoren und Laien alles aufbieten müssen, um die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, selbstverständlich mit gebührender Berücksichtigung der polnischen Landessprache, zu erhalten. Den Pastoren und Kirchenkollegen wurde gewissenhafte Wahrung der eigenen Rechte, der Rechte gleichberechtigter freier Bürger eines freien Staates zur Pflicht gemacht.

Angehts der vorgerückten Zeit wurde leider von einer Aussprache über die in Warschau zu gründende theologische Fakultät abgesehen. Die Eröffnung soll im Herbst 1920 stattfinden, die Besprechung soll die polnische sein.

Zum Schluß berichtigte der Herr Generalsuperintendent in kurzen Worten über die mehrere Millionen betragende Hilfeleistung der Lutheraner Amerikas. Man erwähnte, daß eine private Mädchenschule in Warschau unter anderen 100 Tausend, die Zeitschriften „Evangelium“ und „Unsere Kirche“ auch 100 Tausend Mark erhalten sollen.

Mit Schlußansprache und Gebet des Herrn Generalsuperintendenten in polnischer Sprache schloß die Konferenz, worauf im Auftrage der Anwesenden der Superintendent Michajda den Herrn Generalsuperintendenten den Dank der Versammlung aussprach. Sp.

## Sotales.

Boz., den 12. November 1919.

Nationalpension für Pilsudski und Dmowski. Dem Beispiel des Warschauer Komitees folgend, das sich die Sammlung von Geldmitteln zur Stiftung eines Nationalgeschenks für den Staatschef Pilsudski zur Aufgabe machte, hat sich in Lodz ebenfalls ein ähnliches Komitee gebildet. Auf einer im Grand-Hotel stattgefundenen Versammlung der Komiteemitglieder gab der Vorsitzende bekannt, daß das Geschenk an Pilsudski in einem Stück Land und einer Rente bestehen soll. Litauen verpflichtet sich, einen Teil des Erbgutes der Familie Pilsudski-Zulaw im Lodzer Kreise für Pilsudski zu erwerben. Den Vorsitz in der Versammlung führte Starost Bozozel. Pastor Gundlach betonte, daß er im Namen der evangelischen Polen spreche, die den angeregten Gedanken herzlich begrüßen und stets bereit seien, jeden großen Polen zu ehren. (Belanlich hat die Lodzer Stadtoverordnetenversammlung am Sonntag für den Pilsudski-Fund 10 000 Mark gestiftet. Anmerk. d. Schriftleitung.)

Prälat Tymieniecki stellte den Antrag, in Lodz eine Abteilung des Poljener Komitees zu bilden, das sich zur Aufgabe gemacht hat, auch für Roman Dmowski, (den Vertreter Polens an der Pariser Friedenskonferenz, die Schlichter ein Nationalgeschenk zu schaffen. Der Antrag wurde von Pastor Gundlach lebhaft unterstützt, vorläufig aber zurückgestellt, um ihn in einer Sonderprüfung zur Besprechung gelangen zu lassen.

Die Ehrenbürgerurkunde für den Staatschef. Der Ingenieur des Lodzer Magistrats, Herr Bistowski, hat den Entwurf der Lodzer Ehrenbürgerurkunde für den Staatschef Pilsudski bereits beendet. Die Urkunde enthält das Bild Pilsudskis und den Beschluß der Stadtoverordnetenversammlung über die Verleihung der Ehrenbürgererschaft. Der Untergrund stellt die an Stadtratsmitgliedern reiche Ansicht der Stadt Lodz mit dem Magistratsgebäude dar. Ferner bemerken wir auf der Urkunde eine Boston-Druckmaschine, auf der der Sozialist Pilsudski in einem Hause in der Wschodniastraße des „Kodolnik“, Nr. 36, im Augenblick seiner Verhaftung durch die russische Polizei druckt, sowie ein Segel der Stadt Lodz vom Jahre 1875. Das Original des Diploms wird im Verlaufe von 2 Wochen auf Pergament ausgeführt werden.

Verordnete Benennung polnischer Kardinalie. Wie die Polnische Telegraphenagentur mitteilt, befinden sich unter den kirchlichen Würdenträgern, die als Kandidaten für einen Kardinalposten genannt werden, der Warschauer Erzbischof Radowski, Bischof Sapieha-Krakau und Erzbischof Dalbor-Posen.

Die deutsche Okkupationsmark. In einer der letzten Sitzungen der Finanz- und Handelskommission des Reichstages berichtete Minister Bilinski über die Banknoten, die von den deutschen Okkupanten in Polen herausgegeben wurden und von der deutschen Regierung garantiert sind. Der Minister wurde beauftragt, mit Deutschland dahingehende Verhandlungen anzuknüpfen, daß Polen die erwünschten Banknoten, die in einer Höhe von 850 Millionen Mark emittiert worden sind, übernimmt, dafür aber von Deutschland einen Kredit auf die gleiche Summe erhält.

Beschlagnahme der Gold- und Silbermünzen. Die Wechselstube von Landau wurde, polnischen Mäkten zufolge, von Beamten der Finanzabteilung verhaftet, weil sie entgegen der Notierungen der Devisenzentrale mit deutscher Valuta spekuliert. Dem Unternehmen wurde außerdem 60 000 Mark Geldstrafe auferlegt. Am Montag wurden auch alle anderen Wechselstuben nach Gold- und Silbermünzen durchsucht, wobei eine Menge derselben beschlagnahmt wurde.

Die Brief- und Paketbeförderung wird während der Entstellung des Personales aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eingestellt, allenfalls etwas beschränkt werden. Aus wirtschaftlichen Gründen — schon darum, weil sich gegebenenfalls ein riesenlager von Briefen und Paketen in den Postämtern aufhäufen würde — kann an eine gänzliche Einstellung der Brief- und Paketbeförderung nicht gedacht werden.

Die öffentliche Bibliothek vereinnahmt im Verlaufe des Jahres 40 112, darunter 33 750 M. Zuschuss seitens der Stadt. Der Rest setzt sich aus Mitgliedsbeiträgen, freiwilligen Spenden und Eintrittsgeldern zusammen. Die Ausgaben erreichen die gleiche Höhe. Eingegangen sind 1809 neue Werke. Ständige Mitglieder waren 4541 und einmalige Leser 16 940. Im ganzen hatten 39 077 Personen die Bibliothek benutzt. Die Ausgaben für 1920 wurden auf 33 300 M. veranschlagt.

Kommunal-Sparkassen. Das Ministerium des Innern forderte die Reichs- und die Stadtpfäsidenten auf, ihm die Satzungen von kommunalen Sparkassen zur Verfügung vorzulegen. Diese Kassen sollen so schnell als möglich ins Leben gerufen werden.

Von der gestrigen Stadtoverordnetenversammlung. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt die Antwort des Magistrats auf die Interpellation des Stadtoverordneten Shtenkein und Genossen betreffs Schwierigkeiten bei der Annahme von Kranken in die Spitäler. Die Antwort erteilte im Namen des Magistrats der Deputierter der Gesundheitsdeputation Dr. Koziolekiewicz. Er erklärte, daß er an der Hand von Ziffern jegliche Beschwörung ab. Einzelne Fälle seien wohl vorgekommen, aber irgend eine Ansicht werde nicht geübt. Die Kranken werden nach der Art der Krankheit für die Spezialspitäler qualifiziert. Es mögen auch viel freie Plätze in diesem oder jenem Spital augenblicklich vorhanden sein, aber die zur Aufnahme bestimmten Kranken eignen sich für diese Spitäler nicht. Stadtoverordneter Dr. Margulies fand die Interpellation für vollständig begründet. Er führte eine Reihe von Fällen an, wo Kranken die Aufnahme in die Spitäler verweigert wurde. Es war ein Fall, wo ein an Blinddarmentzündung leidender 5 Wochen bis zur Aufnahme ins Spital warten mußte. In der Gesundheitsdeputation herrsche überhaupt ein Chaos. Stadtoverordneter Ulla bemängelte die Art des Krankentransports. In einem Falle mußte ein Fieberkranker vier Tage auf einen Transportwagen warten, in welchem zu gleicher Zeit Kranke mit ungesüßlichen und solche mit ausgedehnten Krankheiten befördert wurden. Stadtoverordneter Gombinski sprach die von der Interpellation angeführten Ziffern für ungenügend, um eine systematische Zuweisung von Kranken in den Spitalen herzustellen. Die angeführten Mängel können vom Magistrat (Gesundheitsdeputation) beseitigt werden. Die Stadtoverordnetenversammlung fand daraufhin die Erklärungen des Magistrats für genügen. Sodann wurde dem Antrag des Magistrats auf einen 30 Proz. Zuschlag zu Steuern der Stadtkasse zur flautigen Patentsteuer beigegeben.

Von der Industrie. Am Freitag wird die Fabrik der Wollmanufaktur S. Wals, Juliusstraße, wieder in Betrieb gesetzt werden.

Die Abteilung zur Registrierung von Eisenbahnen, Popen und Zouberisten, Wlonski 5 (seiner Verein der Fabrikanten und Kaufleute in Lodz) hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Alle in Mitleidenschaft gezogenen Personen werden aufgefordert, ihre Verluste in möglichst kurzer Zeit registrieren zu lassen. Die Bürozeiten sind von 9—1 Uhr nachm.

Zur Errichtung eines Zollamts in Lodz. In der Frage der Errichtung eines Zollamts in Lodz wurde eine Sonderkommission gebildet, der die Aufgabe obliegt, zur Errichtung der nötigen Baulräume das Gebiet des Lodzer Fabrikbahnhofs einer Besichtigung zu unterziehen. Nach erfolgter Besichtigung wählte sie die Lagerhäuser 3 und 7 für Benutzung für das Zollamt und die sogenannte Pajeramppe zur Verwahrung von Fabrik- und landwirtschaftlichen Maschinen. Jedes der ausgeführten Lagerhäuser faßt 100 Waagons. Eine Prognose des Zollamts wird sich auf dem Kaiserhof Waghof im Baulraum Nr. 1 befinden.

Landkarten der Okkupanten. Das Ministerium des Innern forderte den Lodzer Starost auf, die von den Okkupanten herrührenden und in privatem oder Regierungsbefehl befindlichen geographischen Karten im Laufe von 6 Wochen zu sammeln und ihm zuzuführen.

Ein Preßprozeß. Das Bezirksgericht zu Lodz verhandelte am Montag unter Vorsitz des Richters B. Witowski in einem Preßprozeß gegen die hiesige polnische Tageszeitung „Kozwoj“ b. w. deren Redaktion. Öffentlicher Ankläger war Staatsanwalt M. Gliniski.

In einer Ausgabe dieser Zeitung vom 14. Mai 1919 war ein Artikel unter der Überschrift „Ein salomonischer Richter“ veröffentlicht. In diesem Artikel kritisierte der Verfasser die Tätigkeit der Friedensgerichte, indem er anführte, daß in den Lodzer Friedensgerichten Richter sitzen, die sich mit den Prozeßsachen überhaupt nicht zurechtfinden können und daß die Mediation gegen einen (besen Namen nur mit dem Anfang- und Nachbuchstaben angegeben war) von allen Seiten diebstahlige Andeutungen bekäme.

Die Angeklagten Viktor (Walter) und Thaddäus (Sohn) bestritten, sich schuldig gemacht zu haben. Letzterer, der Verfasser des Artikels, wollte damit niemand beleidigen und der Inhalt desselben sollte durchaus keine Nichtachtung der Behörden darstellen.

Die Jüngen St. Funkowski, Sekretär des „Kozwoj“, und der Landbürger Ratulski sagten aus, daß W. Gajewski am 25. Mai in Warschau gemeint habe.

Der Staatsanwalt führte in seiner Rede aus, daß der betreffende Artikel den Zweck gehabt habe, die Autorität des Gerichts zu untergraben und dieses zu beschimpfen. Unbedachtlichkeit sei in diesem Falle nicht schuldig; dies könne man wohl bei einer Zeitung, wie z. B. die „Times“ mit ihrer 100seitigen Auflage (2) gelten lassen. Der „Kozwoj“ aber sei nur ein Blatt von einigen Seiten.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt E. Filipowski, war der Meinung, daß die beanstandete Notiz nicht zulässig sei und von einer geringen Qualifikation der Redaktion zeuge. Er bat, den Vater freizusprechen; für den Sohn bat er um ein mildes Urteil und um Strafaufschub. In seinem letzten Wort bat Thaddäus Gajewski tränkenden Auges um Freisprechung.



Das Urteil lautet: für Viktor Gajewski Freiheitsstrafe, für Stanislaus Gajewski auf 1 Jahr Gefängnis und Aufprobieren der Strafe auf 3 Jahre.

**Zur Bekämpfung der Schwindlust.** Das Gesundheitsministerium sandte den Bezirksdirektoren der Gesundheitsämter ein Schreiben folgenden Inhalts: „Infolge der Zunahme der Schwindlust erinnert das Ministerium daran, daß nach stehende Vorschriften beobachtet werden müssen: Sämtliche Spitäler, die Schwindlusterkrankte aufnehmen, müssen über besondere Säle verfügen, die ausschließlich für Schwindlusterkrankte bestimmt sind. Die Kreis- und Schularzte müssen darauf achten, daß die Lehrer, Erzieherinnen usw., die schwindlusterkrank sind, zur Erteilung des Unterrichts nicht zugelassen werden und mit den Kindern nicht in Berührung kommen. Die Kreisärzte müssen streng darauf achten, daß jeder tödliche Schwindlusterfall gemeldet wird, damit die Wohnung des Verstorbenen sofort untersucht werden kann.“

**Krankenhaus für schwindlusterkrankte Kinder.** Das Haus Al. Gajewski 115, in dem sich früher das Gesundheitsamt für schwindlusterkrankte Kinder befand, wurde jetzt wieder an die Zivilbehörden abgegeben. In ihm wird die Sektion zur Bekämpfung der Tuberkulose ein Spital für schwindlusterkrankte Kinder errichten.

**Angewöhnliches Schneetreiben.** Der frühe Winter mit seinen unangenehmen Begleiterscheinungen hat eine neue, wenig erfreuliche Wirkung geübt: Seit gestern vormittag ist an der empfindlichen Kälte ein dichtes Schneegestöber hinzugekommen, wodurch der ohnehin schon stark beeinträchtigte Verkehr sich neu, ganz erheblich verschlechtert hat. In den Straßen der Stadt treten die bei großen Schneefällen üblichen Nebenerscheinungen in den Vordergrund. Schwer beladene Karren liegen liegen oder kanten nur unter Einfluß einer erhöhten Anzahl von Zugpferden weiter befördert werden, der regelmäßige Betrieb der Straßenbahn ist gestoppt. Vermutlich wird auch der Fuß- und Straßenbahnverkehr durch den ungewöhnlichen Regen fünf Stunden anhaltenden Schneefall stark in Mitleidenschaft gezogen werden und gerade dieser Punkt dürfte mit Rücksicht auf die gegenwärtig erfolgte Einschränkung im Zugverkehr und die sonstigen Verkehrsbedürfnisse erheblich ins Gewicht fallen. Am meisten Schaden wird der Landwirtschaft erwachsen. Bekanntlich ist die diesjährige Kartoffelernte noch nicht reiflos abgeerntet, durch die niedergefallenen Schneemassen wird die Arbeit auf dem Felde nun natürlich so gut wie unmöglich. Der Verlust aller noch in der Erde befindlichen Kartoffeln wird sehr befürchtet, während man auf die Zuckerrüben noch große Hoffnungen setzt. Wenn diese auch noch erntet werden, so wäre das lebhaft zu beklagen, denn Zucker ist für unsere Volkswirtschaft ebenso notwendig wie die Kartoffel. Man glaubt aber, daß die Zuckerrübe dem Frost besser standhält, als die Kartoffel. Kälte und Schnee Anfang November, das sind Naturereignisse, wie sie nicht gang und gäbe sind, und daß sie ausgerechnet in diesem Jahre so intensiv einwirken, an diese Tatsache wird man nur mit schmerzlichen Empfindungen denken.

**Räuberliche Verwandte.** Vor zwei Wochen verübten mehrere mit Revolvern bewaffnete Banditen im Dorfe Sosnowo Biele, Kreis Brzeżany, auf den Landwirt J. Glowacki einen Überfall. Die maskierten Räuber raubten mehrere 1000 M. in Gold, Silber und Schinken. Außerdem nahmen sie für eine hohe Summe Kleidungsstücke mit. Glowacki wurde erschossen, sein Sohn schwer verwundet, seiner Frau brachen die Rippen beide Arme. Den vom Kommandanten der ersten Kriminal-Brigade entsandten Polizisten gelang es festzustellen, daß an dem Überfall folgende Personen teilgenommen haben: die Schwiager-tochter (!) M. Glowacki, J. Wojciech, der Bruder (!) Stanislaus Glowacki, der Schwager (!) Wojciech, W. Buchalski, der Schwager (!) Ciechan, St. Mink, T. Bogrodski, T. Roby-lanski, T. Krawiecki, W. Krawiecki und P. Ejszo-now. Es gelang der Polizei, alle Täter zu verhaften.

**Verhaftung eines Banditen.** Vorzeßern verhaftete die Polizei in Kulis den Banditen A. Skotnicki, der bereits seit längerer Zeit von der Lodzer Kriminalpolizei gesucht wird.

**Diebstähle.** Aus der Wohnung des W. Krawicki, Polodniowa 23, wurden 1800 M. in bar und Kleider im Gesamtwert von 1000 M. gestohlen. — Die Firma Theodor Steigert, Brzeczany 74, meldete der Polizei, daß in ihrer Fabrik 174 verschiedene Kleiderstücke ver-loren wurden. — Der Chja Kapfermann, Polodniowa 1, wurden Kleider im Werte von 5000 M. gestohlen.

## Theater und Konzerte.

**Russische Theateraufführung.** Wie wir erfahren, wird demnächst in Lodz eine russische Theatertruppe aus Warschau eintreffen, um hier eine Vorstellung zu geben. Der Tag der Vorstellung wird noch besonders bekanntgegeben werden. 25 Prozent des Reinertrages werden für das russische St. Olga-Kinderheim bestimmt sein.

## Veranstaltungen.

**Kirchengesangsverein der St. Johannis-gemeinde.** Heute findet um 8 Uhr die übliche Singstunde statt. Nächste Monatsfeier: Taggedung: 1. Ballade und 2. endgültige Verteilung und Begutachtung des Jahresberichts.

**Die Verwaltung des Kirchen-Gesangs-Vereins „Johannes“** macht hiermit den Mitgliedern bekannt, daß am Donnerstag, den 13. d. M., um 8 Uhr abends im Saale der St. Matthäuskirche die Monatsfeier stattfinden wird. Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

**Der Evangel. Jünglings-Verein der St. Matthäus-Gemeinde.** Eine Nachfeier des Reformationsfestes veranstaltet der Jünglingsverein am Donnerstag, den 13. d. M., um 7 Uhr abends, im eigenen Lokale, Brzeczanystraße 5. Das Leben und Wirken unseres großen Reformators Martin Luthers wird in Wort und Bild geschildert werden. Zu dieser Feier sind die evangelischen Soldaten der Lodzer Garnison eingeladen. Alle Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.

**Der Lodzer Zoologen-Verein.** Der dieser Tage auf sein 15-jähriges Bestehen zurück blicken konnte, veranstaltet seine Jubiläumfeier. Sie wurde gegen 4 Uhr nachmittags vom Vereinsvorsitzenden J. Haberfeld eröffnet. Zuvor sprach A. Lewow, weil das Entwicklungsgesetz der Zoologie. Wie aus dem Bericht zu erhellen war, hat sich der Verein in letzter Zeit glänzend entwickelt. Gegenwärtig steht der Verein dank dem eifrigen und energiegelassen Präsidium (J. Haberfeld) — Vorsitzender, S. Krawicki und Zepfki — Stellvertreter auf der Höhe seiner Aufgabe. In Anerkennung der großen Verdienste, die sich Herr Haberfeld um die Entwicklung des Lodzer Zoologen-Vereins erworben hat, wurde er zum Ehrenvorsitzenden des Vereins ernannt. Im Namen des Vereins überreichte ihm J. A. Lewow ein Ehrenurkunde. Auch für den Redakteur der „Kronika Dziejności“, Herr Krawicki, wurde ein Ehrenurkunde bestimmt. Der Delegierte der Warschauer Klasse für Gegenwärtige, Herr S. Krawicki, berichtete über den „Verbandsverband der polnischen Jagdärzte.“ Er wies auf die Notwendigkeit einer strengen Organisation hin. Herr S. Krawicki hielt einen Vortrag über die „Hebung des wissenschaftlichen Niveaus in der Feldarbeit.“ Herr Haberfeld hielt einen fachmännischen Vortrag und Herr Lewow sprach über „Unsere Ziele und Aufgaben.“

Der jetzigen Sitzung wohnten u. a. einige Delegierte aus Warschau, Kalisz und der Umgebung bei.

Der Hauptbericht brachte eine Reihe sehr hübscher Vorträge. Nach Beendigung des Programms trat der Tanz in seine Rechte.

**Der Lodzer J. Theroverein** veranstaltet, wie bereits berichtet, am 15. d. M., um 7 Uhr abends, in der Turnhalle in der Jachowstraße 82 eine musikalische Unterhaltungsabend mit darauffolgendem Tanzabend. Näheres in der diesbezüglichen Anzeige.

## Aus der Heimat.

**Konstantynow.** Vom Luczowerein. Am Sonnabend fand unter dem Vorsitz des Vorstandes Herrn Albert Hoffmann die übliche Monats-sitzung des hiesigen Luczowereins statt. Nach Entschuldig der Absenzen und Beilegung des Protokolls vom Schriftführer Herrn Johann Ujma wurde zur Unterzeichnung des Hauskaufs Herr Gustav Schulz bevollmächtigt.

## Raubüberfälle.

**In Slawinek, Kreis Lublin,** überfielen fünf Banditen das Haus eines gewissen Wandowski, bedrohten das Hausgehebe, raubten ein Pferd und verschwand dann abhellig. — In Olszanen bei Wykom überfielen Banditen einen gewissen Jan Baris und schlugen ihn derartig, daß er tags darauf starb. — Auf dem Wege von Juchow nach Opul, Kreis Palamow, überfielen 4 Banditen einen mit Waren beladenen Wagen und beraubten ihn. Der Schaden beträgt 14 000 Kronen. — In Ujezdow, Kreis Jasow, überfielen 3 maskierte Banditen das Haus des Jan Biatrat und raubten Kleider im Werte von 4000 Kronen. — Im Walde bei Polichna Gorna, Kreis Juchow, wurden dem Andreas Wolat mehrere Tausend Kronen geraubt. — In Topolow, Kreis Jasow, überfielen 10 Banditen das Anwesen des S. Lewow und raubten 5000 Kronen.

**Warschau.** Die Gold- und Silber-münzen. Am Montag wurden auf Grund des Gesetzes über Beschlagnahme der Gold- und Silbermünzen die hiesigen Bankhäuser und Wechselstuben von Finanzinspektoren und Beamten des Münzregiments nach Gold- und Silbermünzen durchsucht. Auch die Privatwohnungen mancher Wechselstubenbesitzer wurden durchsucht. Die Zahl der beschlagnahmten Gold- und Silbermünzen ist nicht bekannt. Es wurde gleichzeitig eine große Menge deutscher Banknoten eingezogen, mit denen die Wechselstuben spezialisierten.

— Verhaftung eines hohen Beamten wegen Veruntreuung. Der Unter-suchungsrichter Wiß aus Drohobycz verhaftete den Oberdirektor der staatlichen Petroleum-Raffi-

nerie Wladyslaw Stasi und ließ ihn in Begleitung von Polizeibeamten nach dem Drohobycz-Gefängnis schaffen. Stasi hat sich des Betrags schuldig gemacht. Zur Verhaftung Stasis, der mit einer Reihe von Jahren in seinem Amte in unerhörter Weise veruntreute, führte die Angelegenheit des früheren Verantrags der österreichischen Armee Matusch, der ebenfalls in letzter Zeit unter der Anklage des Betruges und Diebstahls zum Schaden des polnischen Staates verhaftet wurde. Matusch leitete die Lieberma-lung der polnischen Eisenbahninspektoren, auf den die tschechischen haben ausgetragen wurden, so daß auf solche Weise der ganze kostbare Bahn-park nach und nach über die Grenze geschafft werden konnte. Zugleich mit Matusch wurde auch dessen Bruder sowie seine Mägelsler, die Bahnbeamten Stanski und Pelak und ein Beamter der Regierungskassiererei Wladyslaw verhaftet. Stasi hat sich gleichfalls schwere Vergehen aufzählen können lassen. Seine Mägelsler waren Garfunkel, Borgmann und Rosenblatt.

— Zeitungsfreie. Am Montag traten die Schriftsetzer des „Dziennik Nowy“ in den Ausstand.

**Politisches Tierseuchen.** Im Kreise Powiaty sind vom 1. Oktober bis zum 1. November folgende ansteckende Krankheiten unter den Tieren festgestellt worden. In der Gemeinde Lubanow herrschte unter den Tieren von zwei Gehöften die Rinderpest. In der Gemeinde Lubanow brach in acht Gehöften die Rinderpest aus. In der Gemeinde Bielaw war ein Gehöft mit Rinderpest befallen. In der Gemeinde Domostow wurde in vier Gehöften Rinderpest festgestellt. In der Gemeinde Juchow waren zwei Gehöfte mit Rinderpest befallen. In der Gemeinde Kompolno wurde in sechs Gehöften Rinderpest festgestellt. In Powiaty wurden zwei Fälle von Rinderpest festgestellt. In Nieborow wurden fünf Fälle von Rinderpest festgestellt. In Lubanow erkrankten die Schweine eines Gehöftes an der Rinderpest. Vergleichbar in Bielaw. In Nieborow erkrankten die Schweine an der Rinderpest.

— Die neuen Eisenbahnwagen. polnisch. Wie wir aus glaubwürdiger Quelle erfahren, beschäftigt die Eisenbahndirektion die neubauten Waggons zweiter Klasse mit Saffen, wie sie die russischen Landwirte tragen, zu polieren. Dieser Umstand ist unsso preudiger zu begrüßen, als dadurch die heimische Industrie gefördert wird.

— Persönliches. Der Posten des Vor-sitzenden der Powiatger Abteilung des Powiatger Vereins des Roten Kreuzes ist nach Abgang des bisherigen Vorsitzenden Herrn J. Glowacki vom Kommandanten Niemira besetzt worden. Die Pflichten eines Schatzmeisters hat Herr Josef Komar übernommen.

— Vom Tarczynskischen Museum. Noch zur Zeit der Okkupation hat der frühere Stadtrat die Sammlungen des verstorbenen Herrn Tarczynski erworben und sich verpflichtet, ein Haus zu kaufen, in dem sich das städtische Museum befinden sollte. Zu diesem Zweck wurde eine Anleihe eingezogen und am 10. November ein Haus gekauft. Da es im Jahre 1914 während der Kriegesoperationen stark beschädigt worden war, mußte eine Renovation vorgenommen werden, damit das Gebäude seinem Zweck ge-eignet wird. Beim Einrennen der Hallen und Treppen waren in dem Gebäude Soldaten dieser Armee einquartiert. Gegenwärtig ist das Haus geräumt worden. Da es vom Magistrat jedoch für eine städtische Privatschule gemietet wurde, ist das weitere Schicksal des Museums ungewiß.

— Entfernung des Powiatger-Kriegs-gerdenkmals. Wie wir erfahren, wurde am verflochtenen Sonnabend das von den Deutschen zu Ehren der bei den Kämpfen um Powiaty gefallenen Soldaten auf dem alten Ring errichtete Denkmal abgetragen.

**Kalisz.** Wiedereröffnung der Stickerien. Die Begleitmannschaft, die seither mit hiesigen Stickererzeugnissen nach Kowno a. Don. fuhr, ist nach Abwicklung der Geschäfte wieder zurückgekehrt. In Kürze ist auf die Wiederaufnahme des Betriebes der Stickerfabriken zu rechnen.

— Die Feier der Wiederbefreiung Polens gestaltete sich trotz starken Frostes und Schneegestöbers recht eindrucksvoll. Der Festzug nahm am neuen Ring am Feuerwehrturm, wo ein Altar errichtet war, seinen Anfang und schritt dann durch mehrere Straßen. Zwei Musikkapellen spielten patriotische Weisen. Den Anfang machten berittene Polizisten, dann folgten Militärs, die Feuerwehr mit Fahne, Handwerker Vereine, die Lehrerschaft, Schulkinder, Kooperationen, Gesangsvereine, auswärtige Vereine. Den Schluß bildete das Offizierskorps. Recht guten Eindruck machten die Mittelschüler und Schülerinnen, die Lieder sangen. In der Nähe des Bahnhofs ist ein Gedenkstein aus Granitsteinen in Manneshöhe zur Erinnerung an die Befreiung Polens errichtet worden.

**Krakau.** Raub. In Krakau wurde, polnischen Blättern zufolge, von einem Unbekannten auf den rumänischen Konsul Wladyslaw Boryslawski ein Raubüberfall verübt. Der in der Wohnung des Konsuls erkrankene Täter warf sich nach kurzem Wortwechsel auf den Konsul und brachte ihm mit einem Messer eine tiefe Wunde an der rechten Schläfe bei. Der Über-fallene stürzte heftig blutend zur Erde, besaß aber noch soviel Kraft, den Banditen zu fassen. Während des Ringens verletzten dieser dem Konsul

zwei Stiche vor die Brust. Boryslawski begann um Hilfe zu rufen, worauf der Bandit drei mit Geld gefüllte Brieftaschen ergriff und Reißaus nahm. Den auf die Hilferufe herbeieilenden Hausbewohner gelang es, den Banditen am Treppensatz zu ergreifen. Es stellte sich heraus, daß der Ergreifene der im Militär-Hospital zur Heilung untergebrachte Stefan Broczek war, der sich dort des schlechtesten Rufes erfreute und sich wiederholt des Diebstahls schuldig machte.

## Telegramme.

### Am Polens Grenzen.

Generalstabsbericht vom 11. November.

**Polenisch-russische Front.** Die seit einigen Tagen vorbereiteten bolschewistischen Angriffe am Dnauufer östlich und westlich von Polock wurden von unseren Abteilungen mit großen Verlusten für den Feind zurückgewiesen. **Wolhynische Front:** Ruhe.

Der stellvertretende Chef des Generalstabs Haller, Oberst.

### Generalstabsbericht in Tschechien.

Nauen, 11. November. (Pat.). Aus Prag wird gemeldet, daß in Nordtschechien und im Bezirk Hohenberg gestern infolge Lebensmittelman-gels der Generalstreik ausgedehnt ist.

### Die amerikanischen Besatzungstruppen.

Lyons, 11. November. (Pat.). Aus Weimar wird gemeldet, die Militärzüge mit den amerikanischen Truppen, die die Territorien besetzen werden, in denen Volksabstimmungen stattfinden sollen, haben Weimar passiert. Soldaten und Offiziere sind reichlich versorgt.

### Explosion eines Artillerielagers.

Brüssel, 11. November. (Pat.). Bei Namur ist ein deutsches Artillerielager in die Luft geschoßen. Die Zahl der Opfer konnte bisher nicht festgestellt werden. Falls sich die Explosion wiederholen sollte, droht Namur große Gefahr, denn unmittelbar vor der Stadt befinden sich die von den Deutschen erbeuteten Lager von mit giftigen Gasen angefüllten Artilleriegeschossen.

### Die Ereignisse in Rußland.

Wien, 11. November. (Pat.). Die Londoner „Times“ meldet aus Belgrad, daß Denikin von der jugoslawischen Regierung die Serawits erhalten hat, in Jugoslawien Freiwillige zu werben.

Prag, 11. November. (Pat.). Aus Paris wird gemeldet, das oberste Kommando der tschechoslowakischen Armee in Serbien habe bekannt gegeben, daß es die Absicht hat, auf dem Landwege nach der Heimat zurückzukehren. Der größte Teil der tschechoslowakischen Division befindet sich in Ost- und Zentral-Rußland. Die Mannschaften wollen nach Rußland marschieren, zunächst nach dem Süden, wo sie sich mit Denikin verbinden und hierauf nach der Heimat begeben wollen. Sie sind gut bewaffnet und besitzen genügende Artillerie.

Lyons, 11. November. (Pat.). Aus Stockholm wird gemeldet: Der Korrespondent des „Svenska Tagebladet“ hatte in Kowal mit General J. de Witt ein Interview. Dieser erklärte, daß ungeachtet der schwierigen Situation man optimistisch in die Zukunft blicken könne. Der General fügte hinzu, daß er aus strategischen Gründen den Befehl zum Rückzug gegeben habe, denke aber nicht daran, die Aktion infolge des Winters einzustellen.

### Die rumänische Frage.

Lyons, 11. November. (Pat.). Nach den neuesten Äußerungen der amerikanischen Presse herrschen unter den Alliierten Meinungsverschiedenheiten in der rumänischen Frage. England und Amerika sind dafür, daß Rumänien zur Beobachtung der auf der Versailles Friedenskonferenz gutgeheißenen Bedingungen und zur Aufgabe des Widerstandes gegenüber dem Obersten Rat veranlaßt werde. Frankreich und Italien empfehlen jedoch eine mildere Behandlung des Staates, der jetzt eine ausschlaggebende Rolle auf dem Balkan spielt. In gewissen englischen und amerikanischen Kreisen herrscht schon lange der Verdacht vor, daß das Verhalten Rumäniens, das sich in der weiteren Okkupation Ungarn und der Anexion Bessarabiens äußert, von äußeren Einflüssen abhängt.

### Poincaré in London.

Paris, 11. November. (Pat.). Präsident Poincaré ist am Montag in London eingetroffen. Er wohnt in Buckingham-Palast. Der Präsident ist nach England gereist, um dem König einen Besuch abzustatten und die Freundschaft der Franzosen für das englische Volk auszudeuten. Er wird vom Minister des Auswärtigen Pichon begleitet.



